

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 312

16. Juni 2004

10. Jahrgang

Wieviel Geld für wen?

Fragen rund um den Staatshaushalt haben in den letzten Wochen die guatemaltekischen PolitikerInnen und die Öffentlichkeit beschäftigt. Nach welchen Kriterien wird ein Etat erstellt, welche Steuern können oder dürfen erhöht werden, um der Staatsrechnung auch auf der Einnahmeseite etwas zuzuführen? Und nach den jüngsten Korruptionsskandalen wird immer häufiger auch die Frage laut, wer denn die Einhaltung des Budgets überwacht und überprüft.

Ein Aspekt, der in dieser ganzen Diskussion bisher völlig aussen vor blieb, ist die Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit beim Aufstellen von Etats und beim Verteilen von Staatsgeldern. Wie unterschiedlich profitieren Männer und Frauen von den Geldern, die den einzelnen Budgetposten zugewiesen werden? Wie werden im Etat spezifische Bedürfnisse und Situationen von Frauen berücksichtigt? Und schliesslich: Wem kommen die Haushaltsposten zu Gute, denen die meisten Gelder zugeteilt werden? Ein Budget, das solche Aspekte berücksichtigt, wird im Fachjargon "Genderbudget" genannt.

Die *Nationale guatemaltekische Frauenunion* (UNAMG) präsentierte kürzlich eine Studie mit dem Titel *Mirando el presupuesto público con perspectiva de género: educación, salud y vivienda* ("Das Staatsbudget aus der Genderperspektive: Erziehung, Gesundheit und Wohnen") aus der wir für den vorliegenden ¡Fijáte! die Einleitung und Teile des ersten Kapitels übersetzten.

Einleitung

Die guatemaltekische Frauenbewegung erzielte grosse Erfolge, was die Anpassung der nationalen Gesetzgebung und der öffentlichen Politik an die Gleichstellung der Geschlechter betrifft. Dies schlug sich z.B. in der Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in den Friedensabkommen nieder oder in der Unterzeichnung und Ratifizierung von internationalen Abkommen über die wirtschaftliche, politische und soziale Gleichstellung der Frau durch den guatemaltekischen Staat.

Zweifellos ist die Diskrepanz zwischen den eingegangenen Versprechen und ihrer Umsetzung immens. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die übernommenen Verpflichtungen nur ernsthaft umgesetzt werden können, wenn auch im Staatsbudget genügend Geld dafür zur Verfügung gestellt wird.

Das Ziel der von der UNAMG herausgegebenen Studie ist es, einen Beitrag zu leisten zum Verständnis der politischen und technischen Elemente der Budgeterstellung in der Hoffnung, den Weg zu ebnen für die Berücksichtigung der Genderperspektive im Staatshaushalt. Das Anerkennen der Problematik wäre auch ein erster Schritt in Richtung Vernetzung mit anderen sozialen AkteurInnen sowie mit staatlichen Funktionen und Funktionärinnen.

Die Studie ist Teil eines Prozesses zu dem auch der Diplomkurs "Steuerpolitik aus der Geschlechterperspektive" gehört, der sich an VertreterInnen der Zivilgesellschaft sowie an FunktionärInnen richtet und von der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO) und UNAMG durchgeführt wurde. HerausgeberInnen der Studie sind Walda Barrios-Klee und Wilson Romero.

Kapitel 1: Einleitende Erklärungen

In der Finanzpolitik sind die Absichten sowie Ziel und Zweck ebenso wichtig wie die Mittel und Instrumente. Diese rein technischen Aspekten basieren auf Interessen, Machtverteilung und Wertvorstellungen. Mit anderen Worten: In der Finanzpolitik ist "Macht" nicht nur ein Element unter an-

deren, sondern der Ausgangspunkt für alle Entscheidungen, die getroffen werden. Entsprechend sind die Auswirkungen dieser Entscheidungen nicht neutral auf die Geschlechter, sozialen Schichten oder ethnischen Gruppen.

Eine erste Konsequenz davon sehen wir in den unterschiedlich definierten Zielen der Steuer- und Haushaltspolitik. Für die einen bedeutet Finanzpolitik die Festlegung von Steuern und öffentlichen Ausgaben, um die Schwankungen der Wirtschaftszyklen aufzufangen und um eine wachsende Wirtschaft mit mehr Arbeitsplätzen und weniger Inflation zu fördern. Die Friedensabkommen definieren ein Konzept, das diesem diametral gegenübersteht: Die Finanzpolitik ist das Schlüsselwerkzeug, mit dem der Staat die in der Verfassung festgelegten Verpflichtungen umsetzen kann, speziell diejenigen im Bereich der sozialen Entwicklung und dem Wohlergehen aller. Weiter heisst es in den Friedensabkommen, dass die Budgetpolitik den Notwendigkeiten der sozioökonomischen Entwicklung, den Investitionen in Gesundheitswesen, Bildung, Wohnen, ländliche Entwicklung, Arbeitsschaffung, Dezentralisierung etc. entsprechen soll. Es wird betont, dass die Steuerpolitik gerecht, progressiv und abhängig von der Zahlungsfähigkeit der einzelnen ausgelegt werden soll.

In Übereinstimmung zu den Friedensabkommen heisst es im *Steuerpakt für eine Zukunft des Friedens und der Entwicklung*: "Die Finanzpolitik muss integral, kohärent und koordiniert sein mit dem Rest der öffentlichen Politik. Sie muss global entworfen und verwaltet werden, mit einer langfristigen Vision, ausgerichtet auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung".

Eine zweite Konsequenz sind die direkten oder indirekten Auswirkungen auf die Steuer- und Haushaltspolitik. Es ist kein Zufall, dass Guatemala eines der Länder mit den niedrigsten Steuereinnahmen ist. Ebenso wenig ist es zufällig, dass über die Mehrwertsteuer das meiste Geld in die Staatskasse fliesst. Die Steuerpolitik ist bei der Berück-

sichtigung von Interessen und bei der Begünstigung von Sektoren deutlich geprägt von denen, die sie entwerfen. Dies ist klar reflektiert im Staatsetat, wo Kriterien keine Rolle spielen, welche die unterschiedlichen, geschlechterspezifischen Bedürfnisse und Interessen mit einbeziehen würden.

Es gibt unzählige Beispiele die beweisen, dass die guatemaltekische Finanzpolitik nicht neutral ist. Immer wieder werden einzelne Sektoren begünstigt, sei es durch die Reduzierung bestimmter Steuern, durch finanzpolitische Privilegien oder durch Mängel und Lücken im Rechtssystem. Es sind deshalb Entwürfe gefragt, die ein Staatsbudget mit Genderperspektive formulieren. In Guatemala ist es Tradition, dass der Staatshaushalt einer Reihe von technisch-buchhalterischen Faktoren folgt, welche die Politiken, Ziele und Interessen bestimmter Sektoren bevorteilen. Unter dem Motto "Geld hat kein Geschlecht" ging man so der Genderfrage aus dem Weg.

In der vorliegenden Studie werden die Etats des Gesundheits-, Erziehungs- und Wohnbauministerium analysiert. In den Leitlinien dieser drei Ministerien wird die Geschlechterungleichheit nicht wahrgenommen. Und in den wenigen Fällen, in denen Frauen speziell erwähnt werden, gibt es keine Kohärenz zwischen den genannten Zielen und der Bereitstellung von Geldern, um diese zu erreichen.

Es kann aber in keinem Fall darum gehen, ein eigenes Budget für Frauen zu schaffen. Ein geschlechtersensibler Etat ist nicht gleichbedeutend wie getrennte Budgets für Männer und Frauen. Es ist ein Versuch, den Staatshaushalt auf seine Auswirkungen auf Frauen

und Männer hin aufzuschlüsseln, sowie auf die unterschiedlichen Gruppen von Frauen und Männern, entsprechend der Geschlechterbeziehungen, auf denen unsere sozialen Strukturen aufgebaut sind.

Die Berücksichtigung einer Genderperspektive bei der Erarbeitung und Analyse des Staatshaushalts begründet sich in ethischen, politischen und juristischen Prinzipien und soll zu einer Gleichstellung beitragen, sowohl bei der Abgabe von Steuern wie auch bei der Verteilung von öffentlichen Geldern. Abgesehen davon, dass es eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, trägt es zu einem rationellen Gebrauch der Ressourcen und zu einem besseren Funktionieren der Wirtschaft bei. Im internationalen Kontext gibt es einige Beispiele, wo geschlechtergerechte Etats aufgestellt werden, und auch wenn es wenige sind, unterstützen sie doch einen Paradigmenwechsel und zeigen den in der Zukunft zu befolgenden Weg auf.

Davon ausgehend, dass Wissen und Information fundamentale Werkzeuge sind, um Einfluss zu nehmen, werden in den folgenden Kapiteln die Erfahrungen anderer Länder im Umgang mit dem Genderbudget aufgezeigt und mit der Situation in Guatemala verglichen. In diesem Sinne ist diese Studie einmalig für die zentralamerikanische Region, einzig in Belize wurde eine ähnliche Initiative entwickelt bezüglich der Aktivitäten des (britischen) Commonwealth-Sekretariates.

Die vorliegende Studie will einen Beitrag leisten zum Aufbau einer neuen Kultur in Sachen öffentlicher Politik und zur Entwicklung und Stärkung der Friedensabkommen mit dem Ziel, ein Land aufzubauen, dessen Politik auf einer par-

tizipativen Demokratie und der Gleichstellung der Geschlechter gestützt ist. Mehr als eine abstrakte Übung in wissenschaftlicher Forschung handelt es sich um eine politische Strategie im Rahmen der Prozesse, die auf internationaler Ebene in Folge der Weltfrauenkonferenz (Beijing 1995) ausgelöst wurden, an der sich die teilnehmenden Staaten verpflichteten, einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter zu leisten. Teil dieser Verpflichtungen ist, die Haushaltspolitik zu überdenken und sichtbar zu machen, wieviel des Budgets den Frauen zu Gute kommt.

Nach der Weltfrauenkonferenz 1995 fand in Lima, Peru, im Jahre 2000 die 8. *Regionalkonferenz zu Frauen in Lateinamerika und der Karibik Beijing + 5* statt. Aufgrund dieser Konferenz verpflichtete sich die Frauenorganisation der Vereinten Nationen UNIFEM, Empowermentprojekte für Frauen in der Region durchzuführen. Speziell beunruhigt zeigte sich UNIFEM über "die wirtschaftlichen Konsequenzen der Globalisierung sowie die Modernisierung der Staaten und die Anwendung von Massnahmen, die soziale Aspekte vernachlässigen und den Frauen zu wenig Geld zukommen lassen".

Abschliessend zu dieser Einführung möchten wir darauf hinweisen, dass wir uns vollkommen bewusst sind, dass wir ein hartes Terrain bearbeiten. Ein Terrain, das den Frauen traditionellerweise verschlossen blieb. Und trotzdem - diese Studie zeigt, dass es unumgänglich ist, die Fiskalpolitik dahingehend zu transformieren, dass sie ein wichtiges Werkzeug für die Gleichstellung der Geschlechter, für die Demokratie und für die soziale Gerechtigkeit in Guatemala ist.

Welches Geld für wen? - Teil 2

Guatemala, 31.Mai. Nicht nur die *Guatemaltekische Frauenunion* UN-AMG fordert ein radikales Umdenken bei der Erstellung des Staatshaushalts und der Vergabe von öffentlichen Geldern. Auch Indígenaorganisationen fordern ein Ende der diskriminierenden Finanzpolitik. Die Zeitschrift *B'actun* der Indígenaorganisation *Naleb'* widmete ihre jüngste Ausgabe dem Thema Budget- und Finanzpolitik. Wir zitieren aus dem Editorial:

„Die bevorstehende Haushaltsdebatte dieses Jahres eröffnet die Möglichkeit, mit der charakteristischen Asymmetrie und Ungleichheit bei den staatlichen Investitionen zu brechen, die mit einer elitären Vision betrieben wurde und immer nur die traditionell der Regierung nahe stehenden Kreise begünstigte. Die

Haushaltsdiskussion fordert von der Exekutive und den Kongressabgeordneten Seriosität und Verantwortung, damit sie, ohne Partei- oder Gruppeninteressen im Hinterkopf zu haben, sich nach den Bedürfnissen der historisch marginalisierten Sektoren richten.“

Es ist nicht notwendig, Details über diese Sektoren aufzuzählen, sie sind hinlänglich bekannt. Die Zeitschrift *B'actun* veröffentlichte dazu die Grafik einer Pyramide, an deren Spitze der nicht-indigene, in der Stadt lebende Mann steht und deren Fuss die indigene Frau vom Lande bildet. Die Erklärung der Zeitschrift dazu:

"Die Pyramide zeigt, dass die historische Sichtweise geprägt ist von rassistischen Komponenten und dass genau dies der Grund ist, weshalb die Prioritä-

ten in der Budgeterstellung in Funktion der Interessen der nicht-indigenen Bevölkerung gesetzt werden, mit der klaren Tendenz, urbane Gebiete zu bevorzugen.

Diese Tatsache widerspricht den Wahldiskursen der Präsidentschaftskandidaten, denn wenn diese auf der Jagd nach Stimmen sind, erzählen sie, was die WählerInnen hören wollen. Und das im vollen Bewusstsein dessen – wie Ex-Präsident Alfonso Portillo zynisch zugab – dass die Lüge das Mittel zum Stimmenfang ist.

Wir begrüßen den jüngst gefällten Entscheid des Verfassungsgerichts, der den plumpen Schachzug der FRG als ungültig erklärte, den Kongressabgeordneten die Befugnis zu erteilen, Aufträge für öffentliche Bauten zu verge-

ben. Damit konnte eine absurde Einmischung in die Kompetenz der Exekutive verhindert werden, eine Einmischung, die laut Verfassung strafbar ist. Gleichzeitig ist zu hoffen, dass damit auch ein Akt der Gerechtigkeit in der Vergabe von Staatsgeldern getätigt wurde.“

Gemäss dem Wirtschaftswissenschaftler Hugo Maul, der ebenfalls in der

Zeitschrift zitiert wird, hat die Armut das Gesicht der indigenen, analphabeten Frau. Deshalb müsse die Priorität des Budgets darin liegen, die menschliche Entwicklung und die Selbstverwaltung der Indígenas zu fördern und zu stärken. Das Land sei auch die Grundlage des Reichtums Guatemalas. Deshalb sei es ironisch, dass dessen BewohnerIn-

nen in prekären Verhältnissen überleben müssten, die auf die Irrtümer der öffentlichen Politik zurückzuführen seien. Wenn es für diese Menschen keinen Fortschritt gäbe, bliebe die Entwicklung des ganzen Landes stecken. Umgekehrt, wenn es ihnen gut ginge, ginge es allen gut, zitiert die Zeitschrift *B'actun* den Wissenschaftler Maul.

Welches Geld wohin?

Guatemala, 4. Juni. Haushaltsunregelmässigkeiten und -regelwidrigkeiten in Höhe von 3,265 Mrd. Quetzales, rund 400 Mio. US-\$, entdeckte die staatliche Rechnungsprüfungsstelle (CGCN). Die „Fehler“ wurden im Jahr 2003 begangen, d.h. im letzten Regierungsjahr von Alfonso Portillo und zwar in 12 der 13 Ministerien. Zu den Auffälligkeiten gehören überhöhte oder nicht belegte Ausgaben, Nichterfüllung von Verträgen, überzogene Mobiltelefonrechnungen, Geldüberweisungen ohne Belege an Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie Unregelmässigkeiten bei der Führung von Bankkonten. Der Bericht der CGCN beschränkt sich vorläufig auf die Ministerien. Evaluationen der Sekretariate, Sozialfonds, des Kongresses, des Justizwesens und der autonomen oder halbautonomen Institutionen, wie z.B. der Gemeinden, stehen noch aus.

Interessanterweise ist das einzige Ministerium, das bei dieser Untersuchung keine Unregelmässigkeiten aufweist, das Verteidigungsministerium, obwohl sowohl der Ex-Sicherheitskommissar Otto Pérez Molina wie die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro

entsprechende Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft einreichen. Die Anzeige von Pérez Molina geht über 400 Mio. Quetzales, betrifft jedoch die Jahre 2001 und 2002. Dass dies aber im Jahr 2003 nicht anders war, beweist der jüngste Skandal im Verteidigungsressort, für den sich der ehemalige Verteidigungsminister Robin Malconi Morán, Enrique Ríos Sosa und zwei weitere Oberste der Verantwortung stellen müssen. Dabei ging es um den Verkauf von Ersatzteilen der Luftwaffe zu einem viel zu niedrigen Preis, was dem Ministerium einen finanziellen Verlust von ca. 10 Mio. US-\$ bescherte. Das „Delikt“ besteht darin, dass nicht zu einer öffentlichen Versteigerung dieser Teile aufgerufen wurde, wie das verfassungsgemäss hätte gemacht werden sollen. Stattdessen wurde das Geschäft quasi unter der Hand getätigt.

In den Ministerien für Finanzen, Kommunikation und Wirtschaft sowie im Innenministerium wurden die meisten Irregularitäten aufgedeckt. Bei den Finanzen z.B., welche letztes Jahr von Eduardo Weymann geleitet wurde (z.Zt. im Gefängnis), stimmt die Rechnung um 3 Mio. Quetzales nicht. Im Verkehrs- und Kommunikationsministerium wurden u.a. Subventionen in Höhe von knapp 9 Mio. Quetzales doppelt ausbezahlt.

Im Gesundheitsministerium beträgt der „Fehler“ rund 27 Mio. Quetzales. Von dort wurden 12,4 Mio. an NRO überwiesen, ohne dass es dafür offizielle Belege gibt. Das Wirtschafts- und das Innenministerium überwiesen Geld an inexistente Unternehmen. Ebenso wurde aus diesen Ministerien Mobilien und Bargeld gestohlen.

In der CGCN selber ging ebenfalls etwas „verloren“. Und zwar die Originale und die Kopien der Überweisungen in Millionenhöhe, die von dort an den Verein *Amigos en Acción* getätigt wurden und mit denen die Wahlkampagnen der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) und der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) finanziert wurden (siehe ¡Fijáte! 305). Gemäss Erklärungen des Sprechers der Rechnungsprüfungsstelle überreichte Hugo Roberto Giraldo García, zuständig für den Fall, die Dokumente nicht an seinen Nachfolger, als er entlassen wurde. Auch den ehemaligen

Finanzchef der CGCN trifft Schuld beim „Verlust“ der Dokumente.

Zweifel innerhalb der Gesellschaft und bei der Presse hat auch die Zusammensetzung der Kommission ausgelöst, die für die Vorauswahl der KandidatInnen für die Nachfolge des Ex-Rechnungsprüfers, Oscar Dubón Palma, (z.Zt. im Gefängnis) zuständig ist. Im Zentrum der Kritik steht eine Mitarbeiterin der CGCN, Etna Marisol Catalán, der nachgesagt wird, enge Beziehungen zur FRG zu halten und an den Vorbereitungen des „Jueves Negro“ beteiligt gewesen zu sein. Nebst Catalán sitzen noch weitere sechs MitarbeiterInnen der Kontrollstelle in der Auswahlkommission und es wird angezweifelt, ob diese Personen die notwendige Distanz und Transparenz an den Tag legten, um eine solch verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen. Der Auftrag der 13-köpfigen Kommission besteht darin, sechs KandidatInnen für das Amt des Rechnungsprüfers vorzuschlagen, von denen der Kongress dann eineN auswählt.

Welches Geld woher?

Guatemala, 8. Juni. Gemäss einer Meldung der *Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration* (BCIE) wurden im Jahr 2003 rund 2 Mrd. US-\$ als „Remesas“ aus dem Ausland nach Guatemala überwiesen. Dies entspricht rund 8% des Bruttoinlandsprodukts des Landes. Die BCIE will nun in Zusammenarbeit mit der *Internationalen Migrationsorganisation* (OIM) eine Studie über die Auswirkungen dieser „Geldspritzen“ in Guatemala machen. Die guatemalteckische Regierung soll diese Grunddaten kennen, um eine entsprechende Migrationspolitik entwickeln zu können. Per Umfrage im Land selber soll herausgefunden werden, inwieweit die *Remesas* zur Entwicklung von Guatemala in den Bereichen Handel, Service, Handwerk und Landwirtschaft beitragen. Weiter soll erforscht werden, welche Auswirkungen die *Remesas* auf das Konsum- bzw. auf das Sparverhalten der Bevölkerung, sowie auf den Ausbildungsstand der Bevölkerung hat.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Auf Demodruck staatliche Gesprächsbereitschaft?

Guatemala, 10. Juni. Tausende von DemonstrantInnen der verschiedensten sozialen und gewerkschaftlichen Sektoren, BäuerInnenorganisationen, Studierende, Lehrende, Frauen, liessen sich von Präsident Bergers Ankündigung nicht einschüchtern, im Zweifel mit Polizeikräften gegen die geplante Grossdemonstration vorzugehen, mittels der die Gesellschaft ihren Unmut gegenüber den gewaltsamen Räumungen der Fincas, dem Fiskalpakt und dem Freihandelsvertrag mit den USA (TLC) am 8. und 9. Juni Ausdruck zu verleihen gedachten. Mit gewissem Erfolg. Bereits der erste Demo-Tag endete im Dialog mit der Regierung und einigen Vereinbarungen. Demnach wird von der Regierung innerhalb der nächsten 90 Tage dem Kongress eine Initiative zur Untersuchung der Landursupation vorgelegt, die Staatsanwaltschaft soll eine eigene Sektion für Agrarangelegenheiten einrichten und die Justiz die Prozesse der Finca-Räumungsfälle überprüfen. In diesem Rahmen liegt es an der staatlichen *Agrarkonfliktkoordinationsstelle* CONTIER-RA, Fall für Fall durchzugehen und Lösungen zu erarbeiten.

Hinsichtlich des Steuerthemas, liess sich die Exekutive lediglich darauf ein, entgegen erster Pläne die Besteuerung des *Bono 14* und des Weihnachtsgeldes nicht zu unterstützen und von der Einkommenssteuer (ISR) auszuschliessen, wer weniger als 3'000 Quetzales (ca. US-\$ 375) monatlich verdiene. Dieses wie auch das Vorhaben seitens der Regierung, den Inhalt der Verhandlungsverträge des TLC in diversen Maya-Sprachen öffentlich bekannt zu machen, waren bereits vorher angedacht gewesen. Im Gegenzug liessen sich die Protestierenden darauf ein, in den nächsten drei Monaten wegen der besagten Themen nicht mehr auf die Strasse zu gehen. Somit hat sich zumindest in Teilen erfüllt, was sich die Mobilisierten erhofft hatten. Rodolfo Pocop von der *Gemeinsamen Maya-BäuerInnen-Front* wies im Vorhinein darauf hin, dass sie ihrerseits nicht die Schaffung von "Kommissionen auf höchster Ebene" suchten, wie es zu anderen Gelegenheiten der Fall war, sind doch entsprechende Vereinbarungen schliesslich bislang unerfüllt geblieben. So unter anderem die Verpflichtungserklärung von Präsident Berger im Rahmen des Öffentlichen Marsches vom 30. März (siehe ¡Fijáte! 305), den Räumungen gegen die BäuerInnenfamilien Einhalt zu gebieten, die seitdem im Gegenteil noch zugenommen haben.

Morgens früh um sechs Uhr began-

nen die ersten Streikaktionen, die bis auf wenige kleine Ausnahmen den Tag über friedlich verliefen, auch wenn die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) zugegen war.

Während Orlando Blanco vom *Kollektiv der Sozialen Organisationen* (COS) die nationale Demonstration als „sehr erfolgreich“ bezeichnete, schmälerte die Regierung die Bedeutung der Mobilisierung, die in der Hauptstadt rund 5'000 Menschen zählte. „Die Demonstration ist nicht sehr repräsentativ“, war Bergers Kommentar am Mittag.

Die ManifestantInnen sammelten sich an zahlreichen Punkten der Hauptstadt: GewerkschafterInnen fanden sich am Flughafen, Studierende der *Universidad San Carlos* (USAC) in der Avenida Petapa, COS-Mitglieder am Finanzministerium und MarktpächterInnen am Parque Central, wo sie jeweils Autoreifen anzündeten und mit Plakaten und Slogans ihre Forderungen artikulierten.

Doch auch ausserhalb der Hauptstadt wurde der Verkehr an zahlreichen Strassenkreuzungen blockiert. So versammelten sich beispielsweise rund 500 Personen von den Fincas von Colomba Costa Cuca, Departement Quetzaltenango, San Marcos, Retalhuleu und Mazatenango (Suchitpeque) auf der Route Richtung Pazifik. „Wir werden uns nicht von der Stelle rühren, bis wir eine Antwort von der Regierung in der Hauptstadt bekommen. Wir erwarten Antworten, denn wir haben Hunger“, so Macario Suruy, ein Zuckerrohrernter, der sich an der Blockade beteiligte. Auch im Hochland gab es an manchen Strassenknotenpunkten kein Durchkommen. Per Helikopterüberflug ergab sich der Überblick, dass auch an der Südküste, in den Departements Alta- und Bajaverapaz, im Osten und im Petén Blockaden errichtet worden waren. So gab es auch an diversen Grenzübergängen nach Mexiko, El Salvador und Honduras Demonstrationen.

Entsprechend dem Fortschritt der Verhandlungen mit VertreterInnen der drei Staatsgewalten lösten sich die Proteste gegen Ende des Nachmittags auf. In 90 Tagen soll es ein erneutes Zusammentreffen zur Evaluation der Regierungsversprechen geben.

Doch was ist realistischlicherweise wirklich von den Vereinbarungen zu erwarten? Erwin Pérez dämpft in *Incidencia Democrática* die Illusionen zumindest, was die grundlegenden Forderungen hinsichtlich der Situation der besetzten Fincas angeht. Dabei weist Pérez auf die „kategorischen“ Aussagen des stellvertretenden Präsidenten der Justizkammer, José Quezada Fernández hin: „Es

ist falsch, wir werden keinerlei Räumungen suspendieren“, so Quezada einen Tag später. Damit widerspricht er den BäuerInnen, die bestätigen, von Berger das Versprechen erhalten zu haben, weitere Räumungen zu vermeiden. Der Haken an diesem Versprechen: es ist anders wie die weiteren neun Vereinbarungen, nicht schriftlich fixiert und hat somit keine Wirksamkeit für die Justiz, die die Räumungen anordnet. Doch ebenso wenig in papierner Form liegt von Seiten der DemonstrantInnen die Zusage vor, in den nächsten drei Monaten von weiteren Manifestationen abzusehen. „Das heisst“, so Pérez in seinem Artikel, „dass diese zwar durchaus sowohl von der Regierung als auch von den DemonstrantInnen primär eingeforderten Punkte allein in den Wind geschriebener Ausdruck des guten Willens sind. Übersetzt in die Praxis bedeutet das, dass früher oder später die Polizei in irgendeine bäuerliche Gemeinde kommt, die sich auf einer besetzten Finca niedergelassen hat, und die Räumung durchziehen wird. Es ist vorhersehbar, dass diese gewaltsam vonstatten gehen wird und die BäuerInnen wieder dazu übergehen, Strassenblockaden und Demonstrationen oder irgendeine andere Form des Protestes zu organisieren.“

Allein in den ersten fünf Monaten von Bergers Amtszeit wurden 39 Räumungen von Fincas registriert, 27 davon waren gekennzeichnet von unangebrachter Gewaltanwendung seitens der mit der Räumung Beauftragten, also der *Nationalen Zivilpolizei*, der diese unterstützenden Armee und privaten Sicherheitskräften. 1'500 Familien leben in Folge dessen derweil auf der Strasse und es fehlt ihnen an den minimalen Mitteln, um sich zu versorgen. Während der Amtszeit von Alfonso Portillo dagegen kam es gerade einmal zu fünf Finca-Räumungen. Mit Bergers Antritt haben nicht nur die eingereichten Klagen wegen unerlaubter Landnutzung deutlich zugenommen. Die Räumungsanordnungen wurden zudem mit deutlich grösserer Schnelligkeit und Effizienz durchgeführt als die Haftbefehle gegen die der Korruption Angeklagten der vorherigen Regierung. Weder ist zu bestreiten, dass der Umgang mit den besetzten Fincas eine grundlegend politische Frage ist, in der die grossen Landbesitzer seit eh und je eine einflussreiche Rolle spielen. Ebenso klar ist, dass sich innerhalb von wenigen Monaten ein strukturelles Problem wie das der Landverteilung in Guatemala nicht lösen lässt, was nebenbei gesagt auch niemand erwartet hat. Doch es führt ebenso wenig weiter, dass Prä-

sident Berger die gleiche Haltung annimmt, wie sein Vorgänger Portillo und die „dunklen Mächte“ hinter der Bewegung beschwört, die verhindern wollen, dass er die Regierung in guter Manier führe.

Mit den erzielten Vereinbarungen ist kein konkretes Problem gelöst. Die von den Fincas vertriebenen Familien brauchen Kleidung, Nahrung, Sicherheit und eine gewisse Stabilität – in den jetzt erreichten Abmachungen ist von keinerlei Hilfe für die Notleidenden die Rede. „Im Endeffekt ist das von den VertreterInnen der BäuerInnen und der Regierung im Pakt geschlossenen und Gesagte reine Illusion“, so Pérez weiter. „Die Räumungen können jederzeit weitergehen und die Zahl der Schutzsuchenden Familien wird steigen.“

Doch trotz des mageren Inhalts der Abkommen ist der Politanalyst Pérez der Ansicht, dass die gesellschaftlichen Sektoren ihr Profil haben steigern können, indem sie Organisationsniveau und operative Allianz demonstriert hätten. Zu Recht hätten sie sich siegreich gezeigt,

schliesslich hätten sie erreicht, dass die Regierung ihnen die Türen geöffnet und sich mit ihnen an den „Verhandlungstisch“ gesetzt habe. Unterdessen habe auch die Regierung ihren Gewinnanteil eingestrichen, schreibt Pérez: „Sie hat erreicht, als Regierung der Offenheit und des Dialogs zu imponieren, wie eine „gute“ Regierung, die der Gesellschaft zuhört und ihr dient, wie eine tolerante und die Rechte respektierende Regierung, ohne die gewohnte Unterdrückung auszuüben.“

Am Ende, in propagandistischen Begriffen, war es für beide Seiten ein befriedigendes Ergebnis. Nun wird sich zeigen, wer als Erste fällt. Denn sollten die BäuerInnen Protestaktionen durchführen, werden sie durch die öffentliche Meinung verachtet, da sie die „Vereinbarungen“ nicht respektieren, auch wenn diese nicht schriftlich vorliegen. Und wenn der Staat erneut die BäuerInnen mittels der Räumungen unterdrückt, wird es Präsident Berger sein, der als Lügner und Demagoge dasteht und sein Wort bricht.“

Keine Änderung in Sicht?

Guatemala, 11. Juni. Die Situation der MenschenrechtsaktivistInnen hat sich im Jahr 2004 bislang nicht verbessert. Die Hypothese, die feindselige Stimmung würde sich verändern, wenn die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) die Macht abgäbe, resultiert heute als unreal. Die Zahlen des entsprechenden Berichts decken auf, dass in den ersten Monaten des laufenden Jahres und somit der Amtszeit Oscar Bergers bereits rund 30 VerteidigerInnen der Menschenrechte angegriffen worden sind. Ruth del Valle von der *Nationalen Menschenrechtsbewegung* gab nun den zweiten Teil der Studie „Das Gesicht des Terrors“ bekannt. „Im Jahr 2003 gab es 387 Übergriffe, im laufenden Jahr schon 30. Was sich verändert hat, ist die Thematik: heute werden die AktivistInnen zu Opfern, die für die Landentschädigungen und gegen die dunklen Mächte kämpfen“, so der Bericht. Für del Valle ist dies ein deutlicher Beweis dafür, dass der Staat bislang keine Politik in die Wege geleitet habe, um die Verfolgten zu schützen. „Unter der FRG als Regierung wussten wir, dass unsere Situation schwierig war; wir glaubten, dass mit dem Regierungswechsel alles besser würde“, fügt sie hinzu.

Gemäss der Aktivistin geht die Staatsanwaltschaft (MP), die beauftragt ist, die Verbrechen gegen die humanitären VerteidigerInnen zu untersuchen, anstatt gestärkt zu werden, ihrem Niedergang entgegen. Der Mangel an Personal und finanziellen Mitteln verbietet

es den ErmittlerInnen der MP, die TäterInnen zu fassen, die im vorliegenden Bericht als Mitglieder der Armee, als UnternehmerInnen, Finca-BesitzerInnen und Gruppen identifiziert werden, die im Geheimen operieren. Del Valle weist darauf hin, dass im letzten Jahr von den 84 durch die MP untersuchten Anklagen nur 7% zu einer Verurteilung geführt hätten. „Die ErmittlerInnen der Staatsanwaltschaft werden selbst bedroht und verfolgt und können deswegen ihrer Arbeit nicht angemessen nachgehen.“ In diesem Zusammenhang forderte del Valle Präsident Berger zur Unterstützung der immer noch ausstehenden Schaffung der *Ermittlungskommission von Illegalen Körperschaften und geheimen Sicherheitsapparaten* (CICIAACS) auf, damit die Übergriffe nicht länger in der Straflosigkeit verbleiben.

Zu den aktuellen Fällen gehören der wiederholte Einbruch und Diebstahl eines Computers sowie Archiven des Redaktionsbüros der Nachrichtenagentur *Cerigua* in Jutiapa, die wiederholten telefonischen Morddrohungen gegen die Reporter Eduardo Maaz Bol von *Radio Punto* und *Radio Mía* in Cobán, Alta Verapaz, und Nelson Leonel García, vom Bildungsradio *Zamaneb* in San Jerónimo, Baja Verapaz. Auch die Morddrohungen gegen den Journalisten Héctor Ramírez Rubio halten an. Der Sohn des Fernsehreporters Héctor Ramírez, auch bekannt als „Reporter X“, der bei den Unruhen am 24./25. Juni 2003 im Rahmen des FRG-Wahlkampfes umgekomm-

Demo am Rande

Guatemala, 9. Juni. Nachdem aus der Hauptstadt bereits die Devise verbreitet wurde, die landesweiten Proteste zu stoppen, weil Verhandlungen mit der Regierung im Gange waren, besetzte eine Gruppe von HilfsbürgermeisterInnen, führenden Persönlichkeiten sowie BewohnerInnen einiger Gemeinden in Sololá die als „Los Encuentros“ bekannte Strassenkreuzung an der *Panamericana*. Zusätzlich zu den Forderungen des Tages verlangten sie die Zurücknahme von sechs Lizenzen für die Ausbeutung von Minen in den Regionen Sololá, Nahualá und Santa Catarina Ixtahuacán. Mit ihrem Protest erreichten sie eine Zusammenkunft mit dem Departementsgouverneur, VertreterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH) und der indigenen Bürgermeisterin von Sololá.

Die sich erst vor kurzem zusammengeschlossene „Bewegung gegen die Minenkonzessionen“ hat sich zum Ziel gesetzt, die betroffene indigene Bevölkerung über die Auswirkungen des Bergbaus für die Menschen und die Umwelt aufzuklären. Im Moment geht es vor allem darum, Informationen über die geplanten Projekte zu sammeln und sich mit den anderen im Land gegen die Minenprojekte aktiven Gruppierungen auszutauschen.

men war, hatte Anklage erstattet und wird konstant verfolgt, vornehmlich, seit gegen den als für die Randalen Hauptverantwortlichen belangten Efraín Ríos Montt Hausarrest verhängt wurde.

Neben diesen Fällen, in denen speziell die Presse im Schussfeld der Bedrohungen steht, die auch unter Portillo konstanter Verfolgung ausgesetzt war, wird von Seiten der BäuerInnenorganisationen der Ende Mai geschehene Mord an der Organisationsführerin Eugenia Amelia López Morán aus Retalhuleu verurteilt. Für Lázaro Cruz, Führungsmann des BäuerInnenkomitees CUC ist der Mord an López ein Einschüchterungsakt gegen diejenigen, die den Kampf der BäuerInnen um ihre Rechte unterstützten. Laut Nachbarschaft auf der Finca Bonita im Sektor la Montaña, Champerico, habe López einen Anruf erhalten, dass ihre Mutter krank sei, aufgrund dessen sie sich noch abends um 20 Uhr auf den tödlichen Weg gemacht habe.

Trotz sofortiger Einschaltung von Polizei und Staatsanwaltschaft in allen Fällen, ist bislang noch nichts geschehen, was auf gründliche Ermittlung oder ein Interesse an der Aufdeckung der Hintergründe und Verurteilung der TäterInnen schliessen liesse.

Nicht abschätzbare Folgen

Guatemala, 29. Mai. Entgegen vorheriger Anhaltspunkte (siehe ¡Fijáte! 311) wurde „in einem Ambiente von Enthusiasmus unter den zentralamerikanischen FunktionärInnen, jedoch auch mit Anzeichen von Unsicherheit angesichts der bald eintretenden veränderten Zukunft“, in Washington das *Freihandelsabkommen zwischen Zentralamerika und den Vereinigten Staaten TLC* (bzw. CAFTA auf Englisch) unterzeichnet. Für Guatemala firmierte Wirtschaftsminister Marcio Cuevas, die Vereinigten Staaten wurden durch deren Handelsvertreter Robert Zoellick repräsentiert.

Während Cuevas das Unternehmen des Freihandels in höchsten Tönen pries und den Wunsch der Beteiligung Guatemalas an der fortschreitenden Globalisierung betonte – offensichtlich erscheinen ihm dafür alle Mittel recht – fällt die Wahrnehmung des TLC im Land des ewigen Frühlings sehr unterschiedlich aus. Die durch den Freien Handel zu prognostizierenden Gefahren für die

nicht nur wirtschaftlich schwächeren Länder Zentralamerikas sind nicht von der Hand zu weisen. Doch ist der Kopf überhaupt noch aus der Schlinge zu ziehen? Die bestehenden Zustände lassen jedenfalls nichts Gutes erahnen und eher die Frage stellen, ob es womöglich ohnehin nur noch schlimmer kommen kann.

Fakt ist derzeit, dass die USA mittels bestehender Zollvereinbarungen wie dem „Generalisierten Präferenzsystem“ (SGP) und den Programmen der „Initiative des Karibikbeckens“ (ICC) sowie der „Klausel der Bevorzugten Nation“ (NMF) bereits unilateral den zollfreien Import von guatemaltekischen Produkten gewähren. Das Risiko, sollte das TLC nicht ratifiziert werden, besteht darin, dass ab 2006 bzw. 2008, wenn SGP und ICC jeweils auslaufen, mehr als 40% der guatemaltekischen Produkte, die jährlich in die USA exportiert werden, keinen Zugang mehr auf den nordamerikanischen Markt haben werden. Derweil räumt das TLC eine juristische Sicherheit allen guatemaltekischen Exporteuren ein, die an diesen Programmen teilnehmen.

Gleichzeitig billigt Guatemala den

Import einer grösseren Palette von Produkten aus den USA, die etwa ein Drittel des verzollten Einfuhrvolumens ausmacht. Schon seit mehr als 10 Jahren führen Guatemala und der Rest der zentralamerikanischen Länder einen Prozess der Zollminderung durch, der die Zollaufgaben inzwischen für die Hälfte der importierten US-Produkte eliminiert und für den Rest immerhin reduziert.

Nun ist es an den beteiligten nationalen Kongressen, das Abkommen zu ratifizieren und zu verabschieden, was, so WirtschaftsanalytInnen wohl am Veto der Nordamerikaner scheitern wird, bedingt durch den anstehenden US-Wahlkampf und die Ablehnung des TLC durch Kandidat Kerry. Angesichts dessen sucht Guatemala bereits Alternativen, doch auf dem für eine solche anvisierten III. EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel in Mexiko erteilten sowohl Julio Iglesias, Chef der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (IDB) sowie Chris Patten, EU-Aussenpolitik-Kommisionar, den Verweis, dass erst die soziale Exklusion reduziert werden müsse, bevor man über einen Handelspakt miteinander ins Gespräch kommen könne.

Soldaten nach Haiti

Guatemala, 1. Juni. Rund 190 guatemaltekische Soldaten will Präsident Oscar Berger zu den UNO-Truppen beisteuern, die in Haiti den „Frieden sichern“ sollen. Damit folgt Guatemala dem Beispiel von Chile, dessen Präsident, Ricardo Lagos, kürzlich bei Berger zu Besuch war. Das Hauptkontingent der 6700 SoldatInnen und 1622 PolizistInnen der Truppe stellt Brasilien.

Der Entscheid Bergers rief in der guatemaltekischen Zivilgesellschaft unterschiedliche Reaktionen hervor. Der Gewerkschafter Edwin Ortega meint z.B., Guatemala habe kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen (eine etwas zwiespältige Formulierung, ist es doch wortwörtlich dieselbe, die von den GegnerInnen der CICIACS immer ins Spiel gebracht wird).

Der Politologe Adrián Zapata hingegen begrüsst die Entsendung von Truppen nach Haiti. An Friedensmissionen teilzunehmen müsse Teil der neuen Militärdoktrin werden und sei immerhin besser, als sich mit Aufstandsbekämpfung zu beschäftigen. Die Intervention der UNO-Truppe würde die Vorherrschaft des US-amerikanischen Militärs auf der Insel ablösen, was ebenfalls positiv sei, weil die USA in letzter Zeit die Rolle der UNO ignoriert hätten. Das Risiko bestehe einzig darin, dass der Beizug internationaler Truppen den Einmarsch des US-amerikanischen Militärs legitimieren würde.

Guatemala, 7. Juni. In Guatemala werden tagtäglich zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte registriert, so der Kolumnist Hugo Arce, der den *Direktor der Präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH) Frank LaRue kritisierte. Arce machte in seiner in der Tageszeitung *La Hora* publizierten Kolumne dem ehemaligen Leiter des Menschenrechtszentrums CALDH LaRue harte Vorwürfe und erinnerte ihn an die vielen in letzter Zeit begangenen Gewalttaten, darunter den Mord an 108 Minderjährigen, die sich summierenden Frauenmorde und die nicht endenden Drohungen durch Soldaten an den Präsidenten, der ihren Rückzug aus der Armee angeordnet hatte.

Die Kritik des Kolumnisten an LaRue nahm Anstoss an der Aussage desselben, dass noch nie so ein Fortschritt in Sachen Menschenrechte erreicht worden sei wie derzeit, was sich unter anderem darin zeige, dass der Staat seine Verantwortung in einigen in der Vergangenheit begangenen Verbrechen übernommen habe. LaRues Äusserung wiederum ging auf den Vorwurf von einigen nationalen wie internationalen MenschenrechtsaktivistInnen zurück, dass es in Guatemala am politischen Willen fehle, die gerichtlichen Anordnungen bezüglich schwerer Fälle von Menschen-

rechtsverletzungen zu erfüllen.

Arce missbilligte zudem die fünf Auslandsreisen, die LaRue in den fünf Monaten seiner Amtszeit absolviert habe sowie das Schweigen des Kommissionars hinsichtlich der Taten, die die grundlegenden Garantien der GuatemaltekinInnen verletzen. Die Kriminalisierung des Kampfes der BäuerInnen sei eine offizielle Politik; in den letzten fünf Monaten seien laut Daten der *Plataforma Agraria* 1500 Familien von Fincas vertrieben worden, die in der Strasse verblieben, ohne Kleidung, ohne Essen, Taten, in denen Polizeikräfte mit Gewalt vorgegangen seien, so Arce in seiner an LaRue gerichtete Kolumne.

Auch aus Jutiapa wurde Kritik an LaRue laut. Diese bezog sich auf die Zusammenstellung des Regionalbüros der *COPREDEH* in Jutiapa, bei der sich die organisierten Frauen diskriminiert fühlten, da keine der lokalen weiblichen Führungspersonen in das Team aufgenommen wurde. Dabei kämpften doch Frank LaRue und dessen Stellvertreterin Manuela Alvarado angeblich selbst für die Geschlechtergleichstellung und würden den Kampf der GuatemaltekinInnen um Gleichberechtigung kennen, so Sandra Patricia Escobar, Sekretärin der *Vereinigung der bäuerlichen und nicht-bäuerlichen Frauen Jutiapas*.

Erste Kritik

